



Hungrige Bienen

Monokulturen veranlassen Imker zur Landflucht. Seite 5

Foto: 123rf/machacekcz

Wirksame Streiks

Das Bodenpersonal der Berliner Airports hat mehr Gehalt erkämpft. Seite 9

Weiblicher Widerspruch

Sie dürfen nun endlich wählen, aber nicht Autofahren oder alleine die Landesgrenze überschreiten. Doch die Frauen in Saudi-Arabien wehren sich. Seite 18



Foto: AFP/Hassan Ammar

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 29. März 2017

72. Jahrgang/Nr. 75

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Blackbox Mossul

Roland Etzel zum Krieg der Anti-IS-Koalition in Irak

Die sogenannte Anti-IS-Koalition zur Eroberung von Mossul ist ein Mysterium; eine »Blackbox«, von der niemand weiß, besser: wissen soll, was drinnen geschieht. Die Milizen des Islamischen Staats werden jetzt offenbar auf härteste Weise militärisch eliminiert. Allerdings ist selbst das wohl nur ein Teil der Wahrheit.

Die Ungewissheiten beginnen bei der Koalition selbst, die die Bezeichnung kaum verdient, weil jeder darin vor allem auf eigene Rechnung mitmischet. Der Öffentlichkeit wird wohlweislich verschwiegen, wer hier – neben den USA – tatsächlich in den Befehlsständen sitzt und Ziele auswählt.

An der völkerrechtlichen Legitimität des Vorgehens gegen die sunnitisch-fundamentalistischen Milizen des Islamischen Staats (IS) bestehen keine Zweifel, wohl aber an der Art, wie dieser Krieg von Seiten bestimmter Teile der Koalition geführt wird. Bereits bei der Befreiung oder besser Rückeroberung anderer irakischer Städte war es mehr als nur eine Ahnung, dass sich die »Befreier« um die Einhaltung des Kriegsvölkerrechts wenig scherten. Amnesty International hat dies jetzt nur ein weiteres Mal unterstrichen.

Die Amerikaner, denen Flächenbombardements von zivilen Bereichen Mossuls vorgeworfen werden, scheint ihr Wehklagen nach den russisch-syrischen Luftangriffen beim Kampf um Aleppo jetzt nicht mehr zu interessieren. Wohl auch, weil es einen wesentlichen Unterschied zu Aleppo gab: Die Belagerten dort hatten Abzugsmöglichkeiten und nutzten sie am Ende auch. Von Mossul ist auch darüber nichts bekannt.

UNTEN LINKS

In Zeiten, in denen nach Mauern geschrien wird, tauchen längst vom Orkus der Geschichte verschluckt geglaubte Dinge wieder an die Oberfläche. Nicht nur Drei-Wetter-Taft-Fönfrisuren, die zu Recht Atomkriegsängste auslösen – noch ein Relikt des Kalten Krieges taucht aus der Versenkung auf: der Geisterbahnhof. Wie einst Westberliner Bahnen ohne Halt durch den Ost-Berliner Untergrund rumpelten, wurde nun auch Saarbrücken Zeuge eines Geistergefahrts: Der Schulzug fuhr trotz euphorisiert angetretener SPD-Ortsvereinskappe ohne Halt durch. Dass die Geister-Bahn von ihren Geisterbahnhöfen nicht recht lassen kann, zeigte sie in den letzten Jahren wiederholt in der Autostadt Wolfsburg. Ohne Halt durchfahren, keiner steigt ein, keiner aus, am Ende fährt keiner mit: für Autominister eine traumhafte Bahn. Aus diesen Träumen sollte A. D. schnellstens geweckt und ohne Halt nach a. D. gefahren werden, dem Endbahnhof für Politgespenster. Es darf auch eine SPD-Kapelle spielen. *sf*

Bye-bye, Kontinent

Der Scheidungsbrief aus London an die EU wird am Mittwoch in Brüssel erwartet



Der Brexit bringt ihr Reich in Gefahr.

Foto: 123rf/malekas, Montage: nd

Berlin. Jetzt wird es ernst mit dem Brexit. Am Mittwoch wird das britische Gesuch für den Austritt aus der EU in Brüssel erwartet. Laut Artikel 50, der das Ausscheiden eines Mitgliedslandes regelt, tickt dann die Uhr. Zwei Jahre haben beide Seiten Zeit, die Modalitäten der Scheidung zu regeln.

Premierministerin Theresa May, die lange mit der Floskel »Brexit heißt Brexit« die Öffentlichkeit im Unklaren ließ, wie sie sich den Austritt ihres Landes vorstellt, verfolgt seit Januar einen harten Brexit-Kurs. Sie will das Königreich aus dem europäischen Binnenmarkt führen und die Migration regulieren, sprach

einschränken. Gleichzeitig will sie aus dem Brexit einen Erfolg für Großbritannien machen.

Doch am Ende könnte sie froh sein, wenn das Königreich nicht zerfällt. Denn Schotten und Nordiren haben mehrheitlich gegen den Brexit gestimmt. Am Montagabend noch hatte May der Ersten Ministerin Schottlands auszureden versucht, ein zweites Unabhängigkeitsreferendum während der Verhandlungen mit der EU anzustreben.

Und dann ist da noch die Ökonomie. Zwar erwartet der Wirtschaftswissenschaftler Andrew Watt im nd-Interview keinen ganz großen Krach, wenn der Austritt tatsächlich

kommt. Aber er geht von »einer langsamen, nichtsdestotrotz schweren Abschwächung der britischen Wirtschaft« aus.

Die britische Regierung hat bereits damit gedroht, ihr Land in ein Steuerparadies zu verwandeln. Das ist es zwar schon. Aber die Steuern kann man ja noch weiter senken. Bleibt also abzuwarten, wie detailliert sich May in ihrer Parlamentsansprache am Mittwoch äußern wird. Den nächsten Schritt hat sie indes bereits angekündigt: Am Donnerstag wird das Aufhebungsgesetz vorgestellt. Mit diesem kann sich das Königreich von missliebigen EU-Gesetzen verabschieden. *gsp* Seiten 2, 3 und 4

Spitzelei in Ankaras Auftrag

Bundesanwaltschaft prüft Spionageverdacht gegen türkischen Geheimdienst

In Deutschland lebende Türken sollen vom türkischen Geheimdienst ausspioniert worden sein. Betroffene werden von deutschen Behörden informiert.

Karlsruhe. Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts, der türkische Geheimdienst MIT habe in Deutschland Anhänger der Gülen-Bewegung ausspioniert. Der Ermittlungserfolg werde davon abhängen, was die deutschen Spionageabwehrbehörden mitteilten, sagte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft am Dienstag in Karlsruhe. Nach deutschen Behördenangaben sammelte der MIT Informationen über rund 300 Menschen und Einrichtungen mit Bezug zur Bewegung des Geistlichen Fethullah Gülen, den Ankara für den gescheiterten Putsch im Juli verantwortlich macht.

»Es steht fest, dass der türkische Geheimdienst MIT hier in Deutschland lebende Menschen ausspioniert«, sagte der niedersächsi-

sche Innenminister Boris Pistorius (SPD) am Dienstag in Hannover. In der türkischen Regierung herrsche offensichtlich »eine fast schon paranoid zu nennende Verschwörungssangst« vor.

Der MIT hatte laut »Süddeutscher Zeitung« sowie West- und Norddeutschem Rundfunk am Rande der Sicherheitskonferenz in München im Februar eine Liste mit hunderten Namen, Adressen, Telefonnummern und teilweise Fotos von angeblichen Gülen-Unterstützern an den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, übergeben. Dieser gab sie demnach an die Bundesregierung, den Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt sowie die Polizeibehörden der Länder weiter.

Der türkische Geheimdienst sammelte Pistorius zufolge »einen bunten Reigen von Informationen«, darunter Fotos und Videos, zu rund 300 Menschen und Einrichtungen in Deutschland – »mit welchem Ziel auch immer«. Der

Wunsch Ankaras sei es gewesen, »von den deutschen Behörden Unterstützung bei der Beobachtung und Ausforschung dieser Menschen hier zu bekommen«. Dies sei »erfreulicherweise ausgeblieben«.

In Niedersachsen gehe der Verfassungsschutz jetzt auf die Betroffenen zu, um sie davor zu warnen, dass sie in der Türkei mit Repressalien bis hin zu einer Verhaftung zu rechnen hätten. Pistorius forderte, »dass die Bundesregierung gegenüber der türkischen Regierung entsprechend klare Worte finden wird«. Ankara habe sich jedenfalls »falsche Hoffnungen gemacht, was die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden angeht«.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) warnte die Türkei vor der Ausforschung von Menschen in Deutschland. »Spionageaktivitäten auf deutschem Boden sind strafbar und werden von uns nicht geduldet«, sagte er im Bayerischen Rundfunk. Das

gelte für alle Länder. Deutschland habe dies der Türkei schon »mehrfach gesagt«.

Die LINKE-Außenpolitikexpertin Sevim Dagdelen forderte die Bundesregierung dazu auf, türkische Spione auszuweisen. »Die Bundesregierung muss endlich das Spitzelnetzwerk Erdogans in Deutschland zerschlagen«, erklärte die Sprecherin für internationale Beziehungen der LINKEN-Bundestagsfraktion. *AFP/nd*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Was wird für die Ersatzpflege gezahlt?

Wer ist und wer wird Mieter einer Wohnung?

Getrennte Eltern – geteilte Betreuung

Schwere Vorwürfe an Anti-IS-Koalition

UNO: Mehr als 300 Zivilisten bei Kämpfen um Mossul getötet

Genf. Seit Beginn der Offensive zur Rückeroberung von West-Mossul in Irak sind dort nach Angaben der UNO mehr als 300 Zivilisten getötet worden. Wie ein Sprecher des UN-Menschenrechtskommissariats am Dienstag in Genf mitteilte, bezieht sich die Zahl von insgesamt mindestens 307 zivilen Todesopfern auf die Zeit zwischen dem 17. Februar und dem 22. März. Im selben Zeitraum seien 273 weitere Zivilisten verletzt worden. Die irakischen Truppen und die von den USA angeführte Militärkoalition starteten Mitte Februar ihre Offensive, um die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) aus ihrer letzten Hochburg in Irak zu vertreiben.

UN-Sprecher Rupert Colville machte keine Angaben dazu, welche der Konfliktparteien für die zivilen Todesopfer verantwortlich ist. Dagegen sagte Donatella Rovera, die für Amnesty International in Mossul Fakten sammelt und Augenzeugenberichte dokumentiert, bei US-geführten Luftangriffen seien »ganze Häuser mit vollständigen Familien darin zerstört« worden. *AFP/nd* Seite 7

»Transitzonen« für Asylbewerber

Lager-Gesetze in Ungarn rufen Europäisches Gericht auf den Plan

Budapest. In Ungarn werden Asylbewerber künftig in zwei Container-Lagern unmittelbar an der Grenze zu Serbien festgehalten. Dies betrifft auch unbegleitete Minderjährige, die älter als 14 Jahre sind. So sieht es eine am Dienstag in Kraft getretene Verschärfung der Asylgesetze vor. Asylbewerber, die bisher in Heimen im ganzen Land untergebracht sind, sollen in die »Transitzonen« – die beiden Container-Lager bei Röske und Tompa – gebracht werden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg stoppte noch am späten Montagabend mit einer einstweiligen Verfügung die Verlegung von acht Jugendlichen und einer schwangeren Frau aus dem Kinderheim in Fot bei Budapest in die Lager. Die Verfügung enthält auch einen Fragenkatalog an die ungarische Regierung. Unter anderem wollen die Straßburger Richter wissen, ob in den »Transitzonen« den besonderen Bedürfnissen Asylsuchender Rechnung getragen werde und ob das dafür nötige Fachpersonal vorhanden sei. *dpa/nd*

Mangelhafte Deutschkurse

Flüchtlingshilfe der Bundesagentur für Arbeit kritisiert

Nürnberg. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist wegen ihrer 2015 als Soforthilfe organisierten Deutschkurse für Flüchtlinge in die Kritik des Bundesrechnungshofs geraten. In einem Prüfbericht, über den der NDR am Dienstag informiert, stellt der Rechnungshof erhebliche Mängel fest. Die Prüfer monieren unter anderem eine unzureichende Erfolgskontrolle, schlechtes Lernmaterial sowie fehlerhafte Abrechnungen. Die Bundesagentur für Arbeit erklärte die Mängel mit dem hohen Zeitdruck, unter dem die Kurse Ende 2015 angeboten wurden.

Geprüft wurden sogenannte Einstiegs-kurse, die die Arbeitsagentur auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise veranlasst hatte und für die bis zu 400 Millionen Euro ausgegeben wurden. Daran hätten auch Kinder teilgenommen, obwohl die Maßnahme als »aktive Arbeitsmarktförderung« gedacht gewesen sei. Dem widerspricht die Arbeitsagentur. Es habe sich um keine Maßnahme der Arbeitsförderung gehandelt, sondern um eine »gesamsgesellschaftliche Aufgabe«. *Agenturen/nd*

ISSN 0323-3375

